

52 10/11.2.24

Zu links für die Uni?

Benjamin Ruß will eine Stelle an der Technischen Universität München. Weil er sie nicht bekommt, klagt er nun gegen den Freistaat.

Etwa 25 Unterstützer von Benjamin Ruß haben sich vor dem Arbeitsgericht versammelt. Drinnen findet an diesem Freitag Ruß' Verhandlung statt. Er hat den Freistaat Bayern verklagt, weil die Technische Universität (TU) München ihn vor zwei Jahren nicht als wissenschaftlichen Mitarbeiter angestellt hat. Der Grund sollen Zweifel an seiner Verfassungstreue sein.

Ruß hat Geografie, Urbanistik und Geoinformatik studiert. Um die Stelle am Lehrstuhl für Kartographie und Visuelle Analytik antreten zu können, habe Ruß einen Fragebogen zur Verfassungstreue ausfüllen müssen, wie es im öffentlichen Dienst üblich ist. Darin habe er seine Mitgliedschaft im Verein Rote Hilfe angegeben, der vom bayerischen Verfassungsschutz als linksextremistisch eingestuft wird. Die Verfassungsschützer soll die TU dann

auch um eine Prüfung von Ruß gebeten haben. Schließlich bekam er keine Stelle.

Als Verdi-Mitglied wendete er sich an die Rechtsabteilung der Gewerkschaft, die ihm Unterstützung zugesichert habe. So erzählt es auch ein Verdi-Mitglied, das vor dem Gericht ins Megafon spricht. „Der Kapitalismus ist nicht das letzte Wort der Geschichte“, sagt eine andere Verdi-Frau. Die Gewerkschaft hatte im Herbst auch zu einer Veranstaltung geladen. Dort ging es um die Frage: „Sind die Zeiten der Berufsverbote wirklich vorbei?“ Darüber spricht bei der Kundgebung auch Lothar Letsche, der in den Siebzigern nicht Lehrer werden durfte, weil er Mitglied der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) war.

Berufsverbote dienten dazu, das Nachdenken über gesellschaftliche Alternativen zu verhindern, sagt Kerem Schamber-



Benjamin Ruß ist bei einem Verein, den der Verfassungsschutz als linksextremistisch einstuft. FOTO: ALESSANDRA SCHELLNEGGER

ger. Auf der Kundgebung berichtet er, wie es ihm vor acht Jahren ergangen ist. Der bekennende Kommunist bangte damals um eine Doktorandenstelle an der Ludwig-Maximilians-Universität, weil der Verfassungsschutz erst monatelang prüfte und dann Bedenken äußerte. Die LMU stellte ihn trotzdem ein, am Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung bei Michael Meyen. Der Professor wurde später wegen seiner Herausgeberchaft bei einer „Querdenker“-Zeitung selbst ein Fall für den Verfassungsschutz.

Ruß, der 2015 Sprecher der Gegner des G-7-Gipfels in Bayern war und sich in einer Bürgerinitiative gegen ein geplantes Hochhaus am Giesinger Candidplatz engagiert, hatte als linker Aktivist schon mehrmals mit der Justiz zu tun. Etwa weil er 2017 eine Fahne der Kurden-Organisation

YPG auf Facebook postete. Die Klage vor dem Arbeitsgericht sei seine zweite, erzählt er. Seine erste liege gerade beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Es gehe dabei um Versammlungsfreiheit und das Recht auf körperliche Unversehrtheit. Ruß hatte sich 2015 in Frankfurt am Main bei einer Demo eine Plastikfolie vors Gesicht gebunden und war dafür zu einer Geldstrafe verurteilt worden.

In der Verhandlung vor dem Arbeitsgericht geht es dann jedoch weder um Ruß' politische Einstellung noch um mögliche Ansichten des Verfassungsschutzes oder der TU dazu. Die Frage ist vielmehr: Auf welche Stelle hat sich Ruß Anfang 2022 genau beworben und wurde ihm mitgeteilt, dass er sie nicht bekommen würde? Antworten darauf soll ein weiterer Termin vor Gericht bringen.

Ana Maria März